



OSTHEIDE RUNDSCHAU

SPD-Mitteilungsblatt aus Barendorf, Neetze, Reinstorf, Thomasburg, Vastorf und Wendisch Evern



Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger in der Ostheide,

in Niedersachsen ist es Zeit für einen Wechsel. Die Menschen in unserem Land haben das auch erkannt und wollen wieder eine verlässliche Politik. Sie wollen Antworten auf die Herausforderungen der

Franz-Josef Kamp –

Unser Landtagskandidat im Wahlbereich 48 Elbe

nächsten Jahre. Deshalb muss Niedersachsen wieder gut regiert werden. Mit einem aussagekräftigen und engagierten Wahlkampf will die SPD stärkste Kraft werden und mit Stephan Weil den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Darum geht es bei der Wahl am 20. Januar 2013. Niedersachsen wieder zukunftsfähig machen lautet der Auftrag.

Um dies mit zu gestalten, werbe ich um Ihre Stimme bei der Landtagswahl am 20. Januar 2013. Ich möchte die Region vertreten und passgenaue regionale Konzepte entwickeln, welche die Gleichwertig-

keit der Lebensverhältnisse in strukturstarken und strukturschwachen Regionen gewährleisten. Dafür sind die notwendigen Weichenstellungen insbesondere in der Bildungs-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik vorzunehmen. Ich möchte meine Kraft und mein Wissen für Sie und diese Region einsetzen.

Geben Sie mir Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Landtagswahl 2013.

Franz-J. Kamp

Ihr Franz-Josef Kamp

Mehr Informationen und
Inhalte finden Sie auf
meiner Website:

www.franzjosefkamp.de



Liebe
Mitbürger-
innen und
Mitbürger,

haben Sie in
den letzten
Monaten
mal ver-
sucht, sich

beruflich zu verändern?

Wenn nein, dann sollten Sie dies
spätesher mal im Internet
versuchen. Denn, wenn ja, dann
werden Sie festgestellt haben, dass
in Lüneburg und Hamburg fast
ausschließlich Leiharbeitsfirmen
Jobs anbieten.

Offensichtlich haben die hiesigen
Firmen kein Interesse mehr an fest
angestellten Mitarbeitern, die über
viele Jahre Berufserfahrung im
eigenen Betrieb gesammelt haben
und einbringen können, denen der
eigene Betrieb ans Herz gewachsen
ist, die mitdenken und mitfühlen,
wenn es der Firma mal nicht so gut
geht.

Seit einigen Monaten beschäftigen
wir uns daher im SPD-Vorstand mit
den Auswirkungen der Leiharbeit
insbesondere auf die Beschäftigten,
ihre Familien und ihre Zukunft
(einschließlich Rente) und fordern
schlicht die Abschaffung dieser
modernen „Sklaverei“.

Wir haben uns vorgenommen, Sie
auf die Leiharbeit und ihre enormen
Nachteile für die Beschäftigten
aufmerksam zu machen. Die
ersten Ergebnisse können Sie in
dieser Ausgabe lesen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren
Familien im Namen der SPD
Ostheide einen schönen Sommer

Martina Habel

Martina Habel

Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

Samtgemeinde Ostheide:

Stellungnahme der Samtgemeinde Ostheide zur Planfeststellung des 1. Bauabschnitts der A 39

Der Bau- und Wegeausschuss der Samtgemeinde hat in seiner 5. Sitzung, am 12. 6. 2012 eine Stellungnahme zum 1. Bauabschnitt der A 39 erarbeitet. Zuvor hatte die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSV) die Samtgemeinde aufgefordert, eine Stellungnahme zur Planfeststellung des 1. Abschnitts der A 39 abzugeben. Private Einwendungen gegen den Plan, direkt Betroffener, konnten bis zum 27. 6. 2012 bei der Samtgemeinde Ostheide oder bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eingelegt werden.

Die Planungsunterlagen zum 1. Bauabschnitt der geplanten A 39 (Bereich Lüneburg), lagen in der Zeit vom 14.05.2012 bis zum 13.06.2012 zur Einsicht im Rathaus der Samtgemeinde Ostheide für die Öffentlichkeit aus. Bereits in den Jahren 2004 und 2006, hat sich die Samtgemeinde im Rahmen der Beteiligung der Änderung des Landesraumordnungsprogramms gegen eine Trassenführung der A 39 auf dem Gebiet der Samtgemeinde ausgesprochen. Im Jahr 2006 ist die Samtgemeinde dem Schutz und Klagefonds gegen die A 39 beigetreten. Im Jahr 2009 hat sich der Samtgemeinderat durch eine Resolution, gegen die geplante Vorzugsvariante ausgesprochen. Im Jahr 2011 gab es eine Bürgerinformationsveranstaltung, bei der von Bürgern und Bürgerin-

nen gesammelte Fragen von Vertretern der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr beantwortet wurden.

Weiterhin hat der Samtgemeinderat im Jahr 2011 eine Stellungnahme zur geplanten PWC-Anlage, eine Stellungnahme nach der Facharbeitskreissitzung Landwirtschaft sowie eine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens „Bebauungsplan Nr. 103II Bilmer Berg“ abgegeben.

Im aktuellen Bauausschuss gab es eine intensive Diskussion unter den Ausschussmitgliedern, aber auch Zuhörer kamen zu Wort. Interessante, konstruktive Wortbeiträge zur Planfeststellung, ergaben ein konkretes Gesamtbild von vielen Einzelpunkten, die in die Stellungnahme mit aufgenommen wurden.

Es wurde beschlossen:

Der Bau- und Wegeausschuss empfiehlt dem Samtgemeindeausschuss folgenden Beschluss zu fassen: Die Stellungnahme zum geplanten Neubau der A 39, 1. Bauabschnitt (Bereich Lüneburg), soll folgende Einwendungen enthalten.

- 1. Die Samtgemeinde Ostheide spricht sich gegen den Bau der geplanten A 39 aus**
- 2. Erhöhte Verkehrsbelastung der B 216 bei Sperrung der A 39 durch Umleitungsverkehr**
Es liegt noch kein Umleitungskonzept vor und daher ist eine Beurteilung der zusätzlichen Belastung der Orte in der Samtgemeinde Ostheide nicht möglich
- 3. Minderung des Verkehrswertes der Immobilien**
Die Belastung der Immobilien durch die Emissionen (z.B. Lärm) verringert den Marktwert der Immobilien
- 4. Schädigung des Wohnstandortes**
Die Attraktivität des Wohnstandortes, hier z.B. Erholungs- und

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Stellungnahme der Samtgemeinde Ostheide zur Planfeststellung des 1. Bauabschnitts der A 39

Freizeitwert, wird durch Emissionen verringert

5. Beeinträchtigung der Siedlungsentwicklung der angrenzenden Gemeinden
Die Ausweisung von Wohngebieten Richtung geplanter A 39 ist für die angrenzenden Gemeinden nicht mehr möglich

6. Zerstörung unmittelbarer Naherholungsgebiete
Das westlich von Barendorf gelegene Naherholungsgebiet wird zerschnitten und die Erreichbarkeit beeinträchtigt

7. Zerstörung des Naturdenkmales „Landwehr“
Die Vorzugsvariante der geplan-

ten A 39 kreuzt die historische Landwehr

8. Zerstörung der Flora und Fauna, z.B. historischer Waldbestand

9. Erhöhte Schadstoffemissionen durch Lärm und Stäube durch die geplante Vorzugsvariante der A 39 und der geplanten PWC-Anlage A, hier besonders auf die westliche Bebauung der Gemeinde Barendorf (Neubaugebiet „Im Stadtkamp“)

10. Erhöhte Baukosten
Die geplanten Baukosten sind von ursprünglich 437 Millionen auf mittlerweile 1,1 Milliarden angestiegen

11. Schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis
Das Kosten-Nutzen-Verhältnis hat sich von ursprünglich 3,4 auf 1,9 verringert

12. Verschwendung von Steuermitteln

13. Unzureichender Kostenvergleich gegenüber des Ausbaues der B 4 (Nullvariante)

14. Unzureichender Kostenvergleich der Varianten im Planungsabschnitt 2
Die Kosten der Vorzugsvariante hinsichtlich der Brückenkosten und der Trassenlänge gegenüber den anderen Trassen ist unzureichend, gerade hinsichtlich der gestiegenen Km-Ausbaukosten, verglichen worden

15. Unzureichende Beteiligung der Jagdgenossenschaften
Die Jagdgenossenschaften sind aufgrund der unzureichenden Beteiligung erneut in die Planung mit einzubeziehen

16. Unzulängliche Bodenerfassung, z.B. Biotoptypen, FFH Lebensraumtypen
Durch die falsche Erfassung von Bodentypen wird der Wert des vom Eingriff betroffenen Gebietes zu niedrig bewertet

17. Schlechte Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen für die Landwirte durch die Unterbrechung von landwirtschaftlichen Wegen
Längere Umwege für die Landwirte durch die Zerschneidung von landwirtschaftlichen Wegen um auf ihre landwirtschaftlichen Flächen zu gelangen

18. Schlechte Erreichbarkeit der Beregnungsbrunnen für die Landwirte

19. Flächentausch muss einen räumlichen Bezug zu den abzugebenden Flächen haben

20. Kein ortsnahe Ausgleich der in Anspruch genommenen Flächen
Die Kompensationsflächen müssen einen räumlichen Bezug zu den überbauten Flächen haben

21. Fehlendes Park- und Rastanlagenkonzept
Die Beurteilung des Park- und Rastanlagenkonzeptes ist nicht möglich

22. Schlechter Verkehrsfluss auf der B 216 im Bereich der Anschlussstelle durch vier geplante Ampelanlagen
Schon jetzt entsteht in Stoßzeiten bei Ampelanlagen auf der B 216 ein Rückstau in Richtung Osten

23. Steigende Kriminalität durch die geplante Anschlussstelle B 216 und der geplanten PWC-Anlage

Es ist erwiesen, dass in Bereichen von Anschlussstellen und PWC-Anlagen die Kriminalität zunimmt

24. Eine spätere Stellungnahme, insbesondere für den 2. Bauabschnitt, wird sich die Samtgemeinde vorbehalten

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Weitere Einwendungen konnten bis zum nächsten Samtgemeindeausschuss der Verwaltung gemeldet werden. Die sie dann in die Stellungnahme textlich mit eingearbeitet hat.

Die A 39 besteht aus sieben Bauabschnitten. Für fünf Bauabschnitte liegen immer noch keine abgeschlossene Detailplanungen und damit auch keine abschließende Kostenberechnung vor. Die Baukosten werden jetzt schon auf 1,1 Milliarden Euro beziffert. Damit hat sich der Wert des Kosten- Nutzen Verhältnisses von 3,4 auf 1,87 verschlechtert.

Bundesverkehrsminister Raumsauer muss sich endlich selbst beim Wort nehmen und seinen vollmundigen Ankündigungen von „Wirtschaftlichkeit, Ehrlichkeit und Transparenz“ Taten folgen lassen. Die Planungen für das unsinnige Projekt A39 müssen gestoppt werden, bis es zu einer komplett neuen Überprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplans kommt.

Anstatt sich überbezahlte und unnötige Asphaltträume durch überhöhte Verkehrsprognosen schön zurechnen und so an der Wirklichkeit vorbeizubauen, muss sich Schwarz-Gelb endlich den realen Herausforderungen der Verkehrspolitik Norddeutschlands widmen. Hierzu gehört auch die konsequente Verlagerung von Güterfernverkehr von der Straße auf die Schiene durch einen zeitnahen und bedarfsgerechten Ausbau des Schienenverkehrs.



Karsten Reich
Quellen: Samtgemeinde Ostheide, grüne-bundestag.de (Kindler)

GEGENDARSTELLUNG

In der letzten Ausgabe der Ostheide-Rundschau wurde im Bericht „Alle gegen einen . . .“ behauptet:

„Bernd Hein war gegen diesen Planer. Der zwar Bauingenieur aber kein Architekt ist. Hein wollte ein bekanntes und bereits bei einem anderen Bauvorhaben tätig gewordenes Architekturbüro mit Sitz außerhalb von Barendorf beauftragen. Aber mit dem Slogan „Das Geld soll in Barendorf bleiben“ traten die CDU und die Grünen für Holger Labatz ein und die SPD-Mehrheit stimmte zu.“

Dazu schrieb Heidrun Meissner folgende Gegendarstellung *):
Diese Darstellung trifft nicht zu. Richtig ist vielmehr, dass in der Sitzung vom 19. Februar 2007 des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses des Gemeinderates zur Vergabe der entsprechenden Arbeiten für das Sport- und Dorfgemeinschaftshaus gemäß Punkt 7 des Protokolls folgendes beraten und vorbeschlossen wurde: „Die Planungs- und Bauüberwachungsarbeiten für das Sport- und Dorfgemeinschaftshaus werden vom TuS-Mitglied Holger Labatz und Herrn Hein kostenfrei erarbeitet und ausgeführt.“ Aus-

weislich des Protokolls über diese Sitzung habe ich an ihr nicht teilgenommen. Schon deshalb kann ich weder für Herrn Labatz eingetreten sein noch an einem entsprechenden Beschluss zustimmend mitgewirkt haben.

Erklärung des Autors Siegfried Kubiak:

1. In dem angeführten Protokoll ist keine Rede von einem Vorbeschluss. Der zitierte Protokolltext wurde zwar sinngemäß aber nicht korrekt wiedergegeben.
2. Aus dem Protokoll geht klar hervor, dass über eine Entscheidung berichtet wurde, die vor dieser Sitzung getroffen worden ist. Daher ist die Wiedergabe kein Beweis für die Richtigkeit der Gegendarstellung.
3. Dem Verfasser liegen mehrere Aussagen von früheren Ratsmitgliedern vor, dass sich, gemeinsam mit anderen, das Ratsmitglied Heidrun Meissner für Labatz stark gemacht hat.
4. In dem beanstandeten Text wurde nicht behauptet, dass Heidrun Meissner in einem Beschluss zustimmend mitgewirkt hat.

*) Nach § 11 des Niedersächsischen Pressegesetzes sind wir verpflichtet, eine Gegendarstellung einer Person, die durch eine Tatsachenbehauptung betroffen ist, zu veröffentlichen, unabhängig davon, ob die verbreiteten Informationen tatsächlich unwahr sind.



Siegfried Kubiak

IMPRESSUM:

Herausgeber und Redaktion:
SPD-Ortsverein Ostheide, Heidplacken 3
21400 Reinstorf, Tel. 04137/5 31
eMail: habel-reinstorf@t-online.de
Gestaltung und Anzeigen:
Wolfgang Schwabe, Birkenweg 7,
21403 Wendisch Evern, Tel. 04131/85 02 12
eMail: wolschwabe@t-online.de
Druck: Altstadtdruck, Altenmedingen
Auflage: 4.400
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu kürzen.

Thema: L E I H A R B E I T

Leiharbeit heißt offiziell „gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung“.

Vor 1972 war Leiharbeit verboten. Dann kam das erste Arbeitnehmerüberlassungsgesetz mit strengen Beschränkungen. Es sollte für Langzeitarbeitslose eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sein. Das klappte überhaupt nicht.

Statt das Gesetz wieder abzuschaffen wurden 2004 die Beschränkungen abgeschafft. Seither boomt die Leiharbeit. Nicht als Brücke für Langzeitarbeitslose sondern als eigenständige Branche.

Samtgemeinde Ostheide:**Besuch einer Delegation des Partnerschaftskomitees in Frankreich**

Vom 17. bis 20. Mai 2012 besuchte eine Delegation des Partnerschaftskomitees der Samtgemeinde Ostheide die französische Partnergemeinde Criqueot L'Esneval in der Normandie.

An der Fahrt nahmen Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer, Vorsitzender des Komitees Dieter Schröder und seine Frau Ingrid, Ratsfrau Brigitte Mertz, die beratenden Mitglieder André Dörr, Eduard Sieben und Ursula Wulf, Jugendfeuerwehrwart Herbert Wulf und Kindergartenleiterin Susanne Ludwig teil. Die gegenseitigen Besuche der beiden Komitees finden jährlich statt, um sich bei einer gemeinsamen Sitzung über die partnerschaftlichen Aktivitäten auszutauschen und die Termine für die Begegnungen der kommenden Jahre festzulegen.

Alle Teilnehmer waren in französischen Gastfamilien untergebracht. Die französischen Freunde hatten ein schönes Besuchsprogramm für die deutschen Gäste zusammengestellt, neben einer gemeinsamen Besichtigung des „Haus des Reeders“ in Le Havre fand auch ein gemütliches gemeinsames Abendessen statt.

Bei der gemeinsamen Komiteesitzung wurde auf die stattgefundenen Jugendbegegnungen zurück geblickt und folgende Termine für die nächsten Aufenthalte vereinbart: Besuch der französischen Jugendlichen in der Ostheide:

Ankunft in Barendorf: **Dienstag, 30. 10. 2012 gegen 15 Uhr,**

Rückfahrt ab Barendorf: **Sonntag, 4. 11. 2012, 20 Uhr.**

In diesem Zeitraum sind nicht nur in der Normandie sondern auch in Niedersachsen Schulferien. Als nächster Termin für die **Begegnung unserer Jugendlichen in Criqueot L'Esneval** wurde die Zeit vom **18. 3. 2013 bis 25. 3. 2013** vorgeschlagen.

Alexandre Bertaud vom französischen Partnerschaftskomitees stellte die Idee eines „Le Pass'europe“ vor: Danach soll jeder Jugendliche, der an den Jugendbegegnungen teilnimmt, einen mehrseitigen Pass erhalten. In diesem stehen einerseits die persönlichen Daten und andererseits sollen hier die Namen und Adressen der Gastfamilien eingetragen werden. Man habe festgestellt, dass die Jugendlichen sich meist nur die Vornamen der Gastfamilien merken. Mit diesem Pass soll erreicht werden, dass man auch nach Jahren noch Kontakt zu den Gastfamilien aufnehmen kann.

Die langjährige Vorsitzende des französischen Partnerschaftskomitees, Martine Haize, lud die deut-



schen Partner im Jahre 2014 zum 35-jährigen Jubiläum der Partnerschaft nach Criqueot zu einem großen „Stadtfest“ ein. Im Gegenzug sprach Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer eine Einladung an das französische Partnerschaftskomitee zu einem Besuch in der Samtgemeinde Ostheide im Jahre 2013 aus.

Abschließend übergab Komitee-Vorsitzender Dieter Schröder einen

Präsentkorb mit einheimischen Produkten als Gastgeschenk an das französische Partnerschaftskomitee. Auch er hob die Besonderheit der Partnerschaft hervor. Sie ist nicht nur durch die jährlichen Jugendbegegnungen sehr lebendig!

Dieter Schröder



Meine Ziele in der Bildungspolitik

Die Verbesserung der niedersächsischen Bildungspolitik ist für Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit. Ohne gute Bildung für alle gibt es keine Gerechtigkeit. Nur mit einer sozial gestalteten Bildung haben alle die gleichen Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe am Fortschritt in unserer Gesellschaft. Gute Schule für alle Kinder, muss das Ziel sein.

Vor kurzem wurde der „Chancen-Spiegel“ der Bertelsmann Stiftung vorgestellt. Nach wie vor gilt, dass bis heute die soziale Herkunft viel zu oft über die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen entscheidet. Von 100 Kindern, deren Eltern Akademiker sind, schaffen 71 das Abitur. Bei Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien sind dies nur 24 von 100.

Deshalb muss die frühkindliche Bildung gestärkt werden, die Ganztagschulen sind qualitativ besser auszustatten und die Hürden für Gesamtschulen sind abzubauen.

Was erleben wir aber derzeit in unseren Kommunen? Wir bleiben auf den Krippenkosten – Bau und Unterhalt – sitzen und das Land beabsichtigt 200 Millionen Euro im Jahr an Eltern, die ihr Kind nicht in eine Krippe geben, als Betreuungsgeld auszus zahlen. Diese Herdprä-



Franz-Josef Kamp

mie ist nicht nur wirtschaftlich unsinnig, sondern pädagogisch eine Katastrophe. Diese 200 Millionen Euro müssen direkt an die Kommunen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung fließen, damit diese ausreichend Krippenplätze mit gutem Personal vorhalten können. Auch die Gruppengröße in den Kindergärten für Kinder von drei bis sechs Jahren müssen reduziert werden.

Unsere Kinder brauchen bestmögliche Bildungsangebote. Dies betrifft insbesondere die Grundschulen in unserem Land. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die SPD mit einem Stufenplan den Ausbau aller Schulen zu echten gebundenen Ganz-

tagsschulen fördern. Das bedeutet, dass Grundschulen mit einem pädagogischen Nachmittagsangebot für alle Kinder auch auf dem Lande vorgehalten werden.

Die SPD will in Niedersachsen keinen neuen „Schulstrukturstreit“ entfachen. Deshalb wird keine Schulform abgeschafft werden. Pädagogische Konzepte, Planungen von einzelnen Schulträgern und Elternwünsche müssen zukünftig stärker vor Ort entwickelt und entschieden werden. Im Landkreis Lüneburg sind wir mit unserer vorgehenden Schulpolitik und dem Aufbau einer Bildungs- und Kulturregion auf einem guten Weg. Dennoch benötigen wir aus Hannover mehr Gestaltungsmöglichkeiten, so sind die Errichtungshürden für die Gründung von Gesamtschulen zu hoch und das Abitur nach neun Jahren muss an Gesamtschulen wieder eingeführt werden. Auch dafür werde ich mich einsetzen.

Lesen Sie in den nächsten Ausgaben:

**„Meine Vorstellungen zu
Gorleben und Erneuerbare
Energien“ sowie „Meine
Ideen zur Infrastruktur im
ländlichen Bereich“.**

SPD-Bundestagsfraktion zur Weiterentwicklung der Verkehrssicherheit

Auf Einladung der stellv. verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Kirsten Lühmann, diskutierten Fachleute im SPD-Fraktionssaal des Reichstagsgebäudes über die Probleme und Chancen der Verkehrssicherheit in der Praxis.

Nachdem die Europäische Union schon im letzten Jahrzehnt ein sehr erfolgreiches Programm zur Reduzierung von Verkehrstoten aufgelegt hatte, möchte sie die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 erneut um 50 Prozent zu verringern. Hieran beteiligen sich alle Staaten Europas; auch in Niedersachsen gibt es deshalb eine Verkehrssicherheitsinitiative 2020, die sich bis hin auf Landkreisebene positiv mit Konzepten zur Verkehrsunfallbekämpfung auswirkt und auswirken wird.

Das Ansteigen der Zahl der Verkehrstoten im letzten Jahr erfordert dringend politisches Handeln zur Stärkung der Präventionsarbeit sowie konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Unfallursachen. Im November letzten Jahres wurde das neue Verkehrssicherheitsprogramm des Bundes der Öffentlichkeit vorgestellt; es soll die Grundlage für die Verkehrssicherheitsarbeit dieses Jahrzehnt sein.

So hörten wir u.a. den Leiter der Unfallforschung des Gesamtverbandes

der Deutschen Versicherungswirtschaft zur Reduzierung von Verkehrsunfällen und deren Folgen, Vertreter des ACE und der Verkehrswacht zur Verkehrssicherheitsarbeit an Schulen, den Fachgebietsleiter Polizeiliche Verkehrslehre an der Deutschen Hochschule der Polizei zur Aufgabe der Polizei im Rahmen einer effizienten Verkehrssicherheitsarbeit.

Die angeregten und anregenden Diskussionen führten zu Empfehlungen, wie eine erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit aussehen könnte, wie das neue Verkehrssicherheitsprogramm im Alltag umgesetzt werden kann und wo es der Nachbesserung bedarf.

Empfehlenswert erscheint auf jeden Fall, die Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen zu intensivieren, den Alkohol- und Drogenmissbrauch im Straßenverkehr zu reduzieren, moderne Technologien zur Unfallvermeidung sowie zur Minderung der Unfallfolgen zu fördern und eine erhöhte Kontroll-dichte sicher zu stellen.

Anstelle der immer wiederkehrenden PKW-Mautdiskussion sollte bei diesen wichtigen Themen Verantwortung durch die Politik wahrgenommen werden.

Burkhard Bisanz



Verkehrsdezernent Burkhard Bisanz mit Kirsten Lühmann im Berliner Reichstagsgebäude

Thema: L E I H A R B E I T

In 2010, so die Bundesagentur für Arbeit, wurden 806.123 Menschen von 16.115 Verleihbetrieben an andere Arbeitgeber vermietet.

Vom SWR wurde in der Sendung „Marktcheck“ kritisiert, dass die Job-Center der Arbeitsagentur die Weiterleitung von Arbeitslosen an die Vermittlerfirmen favorisieren.



FOTO: MARTIN PETERS

Ostheide/Barendorf:

Samtgemeinde könnte die Trägerschaft für die Krippen übernehmen

Bund, Länder und Kommunen haben vereinbart, bis zum 1. August 2013 für 35 Prozent aller Kinder im Alter von unter 3 Jahren Tagesbetreuungsplätze zu schaffen. In Niedersachsen soll bis dahin für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsangebot (Platz in einer Kinderkrippe oder in der Kindertagespflege) bereitstehen, damit die prognostizierte Nachfrage erfüllt werden kann.

Dass zum 1. August 2013 in den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Ostheide etliche neue Krippenplätze entstehen müssen, damit der Rechtsanspruch, der ab diesem Datum darauf besteht, auch nur annähernd erfüllt werden kann, bezweifelt niemand. Bei der Frage der Umsetzung stellt sich jedoch die Frage, in welchen Gemeinden diese Krippen gebaut werden sollen und wer die Trägerschaft übernimmt. Derzeit gibt es zwei Kinderkrippen bei uns, eine mit 15 Plätzen in Barendorf, Träger Gemeinde Barendorf, und eine ebenfalls mit 15 Plätzen in Neetze, Träger Verein Große für Kleine e.V..

In vorbereitenden Gesprächen mit den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden kristallisierten sich Barendorf und Wendisch Evern als mögliche Standorte für weitere Kinderkrippen heraus. Die Samtgemeinde stellte bereits Anträge zur Förderung dieser beiden neuen Krippen, da die begrenzten Fördermittel nach dem Windhundprinzip vergeben werden. Aus Bundes-, Landes- und Landkreismitteln sind bei Baubeginn in 2012 10.000 € pro Platz zu erwarten, d.h. für eine Krippe mit 15 Plätzen 150.000 €. Nach ersten Kostenschätzungen soll jede der beiden neuen Krippen ca. 300.000 € kosten, womit etwa die Hälfte der Errichtungskosten von der jeweiligen Gemeinde aufzubringen.

Mehr noch als die Krippen-Errichtungskosten würden jedoch die laufenden Kosten für Personal, Unterhaltung u.ä. die ohnehin

klammen Gemeindekassen strapazieren. Da es auch Unwägbarkeiten bei der Frage der Belegung mit Kindern aus der eigenen Gemeinde und des Einsatzes von Vertretungskräften z.B. im Krankheitsfall gibt, erklärte die Samtgemeinde gegenüber den sechs Mitgliedsgemeinden ihre Bereitschaft, die Trägerschaft für die Kinderkrippen zu übernehmen. Zwar sind auch bei Übernahme der Krippen durch die Samtgemeinde die Mitgliedsgemeinden durch höhere Zuwendungen an die Samtgemeinde finanziell gefordert. Jedoch wären die Unwägbarkeiten bzw. finanziellen Risiken für die einzelnen Gemeinden in der Solidargemeinschaft aller sechs Mitgliedsgemeinden minimiert. Für deren Zahlungen an die Samtgemeinde wurde ein Modell entwickelt, das sowohl deren Finanzkraft, Einwohnerzahl und durch die Gemeinde belegte Plätze berücksichtigt.

Es gibt bereits Signale in Barendorf, Reinstorf, Vastorf und Wendisch Evern zum Übergang der Krippenträgerschaft auf die Samtgemeinde. In Neetze und Thomasburg war bei Redaktionsschluss noch nicht klar, wie eine Übertragung möglich sein wird.

Aber auch die Samtgemeinde muss letztendlich noch in ihren politischen Gremien die Übernahme der Krippen-Trägerschaft beschließen. Schließlich muss weiterhin eine bessere finanzielle Ausstattung der Krippenträger durch den Bund und das Land gefordert werden, damit die Kommunen überhaupt noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Es bleibt zu hoffen, dass mit der Verdoppelung der Krippenplätze in der Ostheide zum 1.8.2013 den Familien geholfen wird, die dringend einen wohnortnahen Krippenplatz



suchen, z.B. weil beide Eltern Kinder und Beruf dann besser miteinander vereinbaren können.

Martin Peters

Kommentar:

Ausbau der Kinderkrippen und/oder Betreuungsgeld

Vor vier Jahren wurde der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz vereinbart und heute, ein Jahr vor seinem Inkrafttreten weiß in den alten Bundesländern keiner, wie das eingehalten werden kann. Es fehlt an Kinderkrippen und vor allem an ausgebildetem Betreuungspersonal.

Auf allen politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, wird diskutiert, wie eine ausreichende Anzahl von Kinderkrippen-Plätzen gebaut werden kann. Mit billigen Darlehen und Investitionszuschüssen sollen die Gemeinden motiviert, ich sage, gelockt werden. Alle Gemeinde- und Stadträte wissen jedoch, dass es nicht beim Bau bleibt. Die Kosten für Personal und Unterhalt, für den laufenden Betrieb, auf denen bleiben die Gemeinden in Niedersachsen weitgehend alleine hängen. In Baden-Württemberg ist das heute schon anders. Die Landesregierung dort hat sich verpflichtet, 68 Prozent der Betriebsausgaben auf Dauer zu übernehmen. Zur Finanzierung wurden allerdings die Grunderwerbssteuern sehr stark angehoben. Eigentlich müsste der Bund alle Länder finanziell in die Lage versetzen, notfalls mit zweckgebundenen Mitteln, einen ausreichenden Anteil an den laufenden Betriebskosten zu übernehmen. Schließlich ist es ein Bundesgesetz, das den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz schafft.

Genauso ärgerlich, vielleicht noch ärgerlicher ist es, dass immer nur über die Anzahl der Krippenplätze gesprochen wird. Über die Qualität in den Kinderkrippen spricht niemand. Und dabei wissen doch alle, in der kurzen Zeit wird es nicht gelingen, ausreichend Personal auszubilden. Abenteuerliche Pläne hört man, wie diese Lücke überbrückt werden soll. Am harmlosesten ist wohl noch der Vorschlag, größere Gruppen zuzulassen. Hingegen einfach Hilfskräfte zur Aufsicht einzusetzen kann nur als absurd abgewiesen werden. Jeder weiß doch, dass Kleinkinder eine feste Bezugsperson benötigen. Die heutige Schlüsselzahl, eine Betreuung für acht zweijährige Kinder, scheint schon zu hoch zu sein.

Völlig vergessen wird anscheinend, dass es um eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung gehen soll. Sollte es nicht vor allem um Hilfestellung für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und um Kin-

der aus Familien mit geringem Einkommen oder mit schwierigen sozialen Verhältnisse gehen? Die Forderung, dass egal wo ein Kind herkommt, alle Kinder die gleichen Entwicklungschancen haben sollen, darf einfach nicht aus dem Focus verschwinden. Es beginnt in der Kinderkrippe, soll im Kindergarten nahtlos fortgesetzt werden und zu gleichwertigen Voraussetzungen beim Start im Schulsystem führen. Das ist ein erstrebenswertes Ziel.

Gerade in diesem Zusammenhang ist das Betreuungsgeld absolut kontraproduktiv. In Thüringen, wo bereits Betreuungsgeld gezahlt wird, gibt es damit Erfahrungen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen hat in einer Untersuchung festgestellt, dass viele Familien aus bildungsfernen Schichten ihre Kinder nicht in die Krippe schicken. Sozial schwache Familien würden ihre Kinder gar nicht erst in eine Krippe schicken, weil sie sich die Kosten für das Essen nicht leisten können. Der Spiegel berichtete darüber schon 2007 ausführlich. Und bei uns wird diskutiert, dass die Gebühren für Kinderkrippen angehoben werden sollten.

Scheinheilig ist die Begründung mit der Wahlfreiheit. Mit dem Angebot einer bedarfsgerechten Anzahl von qualifizierten Kinderkrippenplätzen wird doch die Wahlfreiheit nicht antastet. Die ist doch durch etwas ganz anderes de facto nicht mehr vorhanden. Heutzutage müssen beide Elternteile in Vollzeit arbeiten, damit selbst dann, wenn beide qualifizierte Fachberufe ausüben, das Familieneinkommen überhaupt reicht um eine gute Wohnung mieten oder ein Haus kaufen, einen PKW halten und dennoch einmal im Jahr in Urlaub fahren zu können.

Allein schon die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs mit Elterngeldzahlungen schafft Probleme, die nicht mit dem Einkommen zusammenhängen. Wer ein, zwei oder gar drei Jahre aus seinem Berufsalltag heraus ist, der fängt hinterher wieder ganz von vorne an. Die Änderungen an allen Arbeitsplätzen sind so schnell und tiefgreifend, dass es ohne Einarbeitungszeit nicht mehr geht. Das aktuelle Familienrecht und die künftige finanzielle Sicherheit im Alter verbietet es geradezu, dass Frauen aus dem Berufsleben ausscheiden und sich jahrelang um die Erziehung von Kindern zu kümmern. Und da wird so

dahergeredet, als käme es auf 100 Euro Betreuungsgeld im Monat an, damit Wahlfreiheit besteht.

Während eine finanziell gut gestellte Familie Betreuungsgeld erhalten wird, wenn das Gesetz kommt, wird es auf die Leistungen für den Lebensunterhalt von Hartz IV-Empfängern angerechnet werden. Letzteres ist in der Logik der Sozialgesetze geradezu zwangsläufig. Eigentlich müsste das allein schon ausreichen, um den ganzen Unsinn des Betreuungsgeldes zu verstehen.

Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die gleichen Entwick-

lungschancen für alle Kinder, egal wo sie herkommen, erfordern auch und mehr Kinderkrippen. Ganz klar! Sie erfordern vor allem aber auch mehr bedarfsgerechte Gestaltung und inhaltliche Ausrichtung. Die Politiker sollten sich an den realen Lebensverhältnissen orientieren und nicht an ideologischen Modellen oder Darstellungsbedürfnissen ihrer Parteien.



Siegfried Kubiak

Waldbrandgefahr in Niedersachsen

Kamera in Neetze: Niedersachsen ist aufgrund der leichten Sandböden und den ausgedehnten Kiefernwäldern besonders waldbrandgefährdet. Seit zwei Jahren ist ein „Automatisiertes Waldbrandfrüherkennungssystem“ (kurz AWFS) in Betrieb, das die alten Feuerwachtürme ersetzt.

Das AWFS überwacht von insgesamt 17 Kamerastandorten aus die Waldflächen mit hohem und mittlerem Waldbrandrisiko in Niedersachsen (das sind die Landkreise Gifhorn, Celler, Soltau-Fallingb., Lüneburg, Luchow-Dannenberg, Uelzen und Lüneburg). Mit Hilfe der Kameras können rund 400 000 ha Wald beobachtet werden, die Reichweite je System liegt zwischen 10 bis 20 km. Im Landkreis Lüneburg sind zwei bewegliche 360-Grad-Kameras in Betrieb: in Neetze und in Kirchzellern.

Die Zentrale der Waldbrandüberwachung wurde im Behördenzentrum Lüneburg eingerichtet. Die Leitstelle ist mit 5 Arbeitsplätzen ausgestattet, die von 15 Mitarbeitern aus Forstbetrieben ab der Gefahrenstufe 3 im Schichtbetrieb besetzt werden. Dort werden die Bilder analysiert, die Waldbrände lokalisiert und die Alarmierung der Feuerwehr ausgelöst.

Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 2,2 Mio. Euro, hiervon förderte die Europäische Union 1,6 Mio. Euro und das Land Niedersachsen trug 0,6 Mio. Euro.

Ab Waldbrandstufe 5 kommt der Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen zur Feuerbekämpfung hinzu. Eine



Cessna 206 H, Baujahr 2007, mit drei Mann Besatzung (Pilot/in, Feuerwehrmann/frau und Förster/in) startet in Lüneburg bei Waldbrandstufe 5 gegen 12.00 Uhr und fliegt bis 19.00 Uhr vier Umrundungen auf einer festen Route: Lüneburg – Neuhaus – Gartow – Bodenteich – Buchholz – Lüneburg. Für diese 270 Kilometer benötigt das Feuerwehrflugzeug circa eine Stunde. In 2011 war das Feuerwehrflugzeug an 11 Tagen im Einsatz, in 2010 waren es 26 Tage, in 2009 25 Tage. Ein Tag kostet ca. 900 Euro.

Das AWFS und der Feuerwehrflugdienst ergänzen sich optimal. Wird ein Waldbrand sich optimal. Wird ein Waldbrand lokalisiert, startet die Cessna in Lüneburg; bei Waldbrandstufe 5 ist sie ab 12.00 Uhr in der Luft. Der Flugdienst führt bei Waldbränden die Feuerwehrfahrzeuge direkt zum Einsatzort und hilft den Feuerwehrleuten am Boden bei der Orientierung. Er ist unersetzlich und die Lebensversicherung für Feuerwehrleute bei Waldbränden. War dieser Dienst in den letzten Jahren seitens der Landesregierung umstritten, so ist er für 2012 bereits genehmigt worden.



Brigitte Mertz
Mitglied im Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnungsangelegenheiten des Landkreises Lüneburg



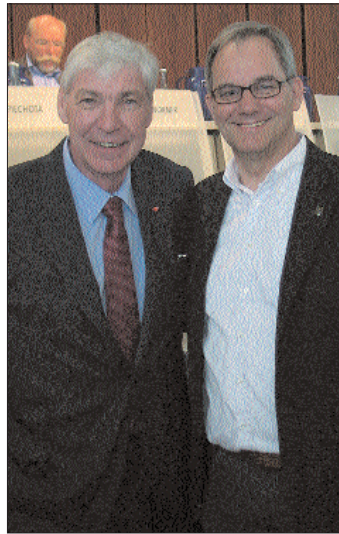
AFA Godesberg war eine Reise wert

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) in der SPD traf sich zu ihrem diesjährigen Bundeskongress in der Stadthalle Bad Godesberg, der Geburtsstunde der modernen Sozialdemokratie, diskutierte und entschied über eine Vielzahl von Anträgen, die die Arbeitnehmersituation verbessern soll.

Auf diesem Kongress wurde der Klaus Barthel mit 91,3 Prozent der Delegiertenstimmen als Nachfolger von Ottmar Schreiner zum Vorsitzenden gewählt. Der 56jährige Münchener ist seit über 30 Jahren Gewerkschafter, noch länger Sozialdemokrat und gehört seit 1994 dem Bundestag an.

Die wichtigsten Beschlüsse dieses Afa-Kongresses kritisieren den wachsenden Niedriglohnsektor, die zunehmende Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen, Lohndumping über Leiharbeit und Werkverträge? geprägt von einer Ideologie, in der Rendite mehr zählt als der Mensch. Wir waren uns einig, dass es die zentrale politische Aufgabe sein, die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu korrigieren. Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder zur Norm werden. Insbesondere fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gleichen Lohn und gleiche Bedingungen wie die Stammbeschäftigung und deren Vertretung über Betriebsräte. Des Weiteren soll die befristete Beschäftigung zurückgedrängt, Schein-Werkverträge bekämpft und der Missbrauch geringfügiger Beschäftigung beendet werden.

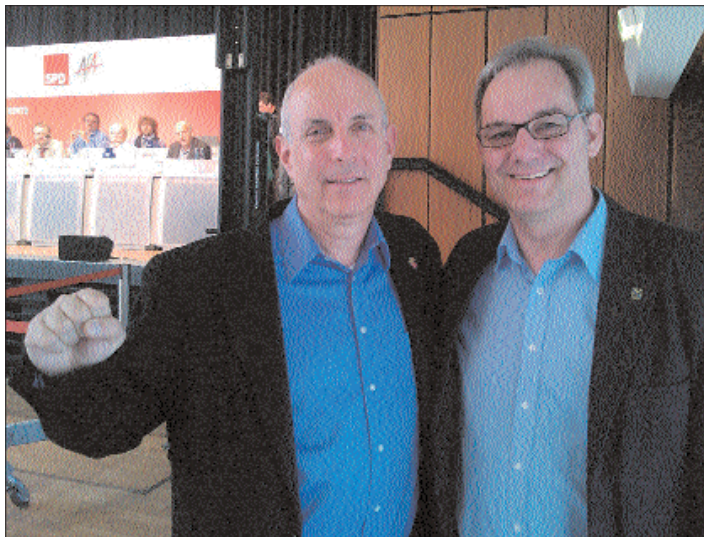
Wir haben nicht nur weitreichende



Michael Sommer, Burkhard Bisanz

Entscheidungen zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte getroffen, sondern auch eine Resolution beschlossen, mit der wir die Bemühungen der IG BCE, des Betriebsrates und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute für den Erhalt und die Sicherung der etwa 2000 Arbeitsplätze der Firma Meteor in Bockenen und Worbis unterstützen. Ebenso solidarisch standen wir unterstützend Larry Cohen beiseite, dem Präsident der Communications Workers of America (CWA); er schilderte den Niedergang der Arbeitnehmerrechte durch die Deutsche Telekom Tochter T-Mobile in den USA und weckte damit die Empörung aller Anwesenden. Die Versammlung war sich einig, dass auch die Arbeitnehmerrechte, so wie die Märkte, global diskutiert werden müssen.

Burkhard Bisanz
Afa-Vorsitzender Lüneburg



Larry Cohen, Burkhard Bisanz

Samtgemeinde Ostheide:

Kinderferienprogramm

Was tun? – Was tun! Das laufende Schuljahr ist auf der Zielgeraden und dahinter warten die Sommerferien. Ersteinmal ausschlafen, und was dann?

Keine Sorge, niemand muss Langeweile fürchten. Auch dieses Jahr bieten Samtgemeinde und Landkreis zusammen ein anwechslungsreiches Ferienprogramm an. Im Angebot sind Veranstaltungen zum Aus Toben (Base- und Fußball, Hip-Hop- und Videoclip-Dance, Tischtennis,...), kreativen Gestalten (Origami, Batik, u.a.) und künstlerischen Mitmachen (Zirkus). Dazu kommen die Fahrten zu den Karl-May-Festspielen, nach Hagenbecks Tierpark sowie in Hansa- und Heidepark. Diese Fahrten werden vom Landkreis Lüneburg veranstaltet, mit dabei sind Begleitpersonen aus der Ostheide.

Was ist neu? Zunächst einmal die Person dahinter. Zusammengestellt wurde das Programm von unserer neuen Jugendbeauftragten Uschi Wulf, die eine Reihe neuer Ideen eingebracht hat, beispielsweise neben Barendorf auch Neetze als Veranstaltungsort anzubieten.

Neu sind auch die Altersgruppen, bisher hieß es Kinderferienprogramm und richtete sich an Grund-



schulern. Im aktuellen Programm finden sich auch Angebote an Jugendliche (bis 17 Jahre). Auch gibt es von Montag bis Freitag keinen weißen Fleck im Kalender – und das, obwohl die Sommerferien 2012 über volle sechs Wochen gehen. Zu beachten ist jeweils der Anmeldeschluss (erster: 26.6. für Fahrt am 10.8. zu den Karl-May-Festspielen).

Das Programm ist online verfügbar auf den Seiten der Samtgemeinde: www.ostheide.de sowie in gedruckter Form bei den Sportvereinen. **Es gibt viel zu erleben, viel Spaß dabei!**

Burkhard Meyer

„Leihgurken“ und Arbeitssklaven“

Sie bezeichnen sich selbst als „Leihgurken“, und „moderne Arbeitssklaven“ – oder schlicht als „Stück Fleisch“.

Viele Leiharbeiter fühlen sich ihrer Würde beraubt, weil sie weniger verdienen als die Stammbeschäftigten, für ihre Leistungen zu wenig Anerkennung bekommen und keine Perspektive auf eine Übernahme haben. Das geht zumindest aus den Schilderungen von über 1000 Betroffenen hervor, welche die IG Metall jetzt in ihrem neuen „Schwarzbuch Leiharbeit“ zusammengefasst hat.

Das mehr als 100 Seiten starke Werk, liest sich wie eine Anklageschrift, in dem Leiharbeiter – anonymisiert mit Vornamen – über ihren Arbeitsalltag berichten. Ein Vorwurf zieht sich durch das ganze Buch: Leiharbeit, sagt IG-Metall Vizechef Detlef Wetzels, diene längst nicht mehr nur dazu, Produktionsspitzen abzufedern. Sie sei vielmehr eine langfristige Strategie, um Personalkosten zu reduzieren. Als Paradebeispiel dient der Gewerkschaft dabei das BMW-Werk in Leipzig, in dem

seit der Eröffnung 2005 etwa ein Drittel der 3800 Beschäftigten Leiharbeiter seien.

Und was sagen die Arbeitgeberverbände dazu? Gesamtmetall Präsident Kannegiesser wirft der IG-Metall vor, ein Zerrbild der Branche zu zeichnen. Kern anderes Instrument sei in der Lage, so viele Erwerbslose so schnell wieder ins Arbeitsleben zu integrieren und den wachsenden Personalbedarf der Firmen bei einer schwankenden Konjunktur auszugleichen. „Wer Zeitarbeit begrenzt, gefährdet auch Stammarbeitsplätze“, sagt Kannegiesser.

In einer Zeit der Hochkonjunktur in Deutschland und zunehmend fehlender Fachkräfte, wissen wir, Kannegiessers Aussage ist bewusst falsch formuliert. Weil immer mehr Menschen als Leiharbeiter eingesetzt werden, mit Billiglöhnen auskommen müssen und weil mit der Kürzung von Sozialleistungen die Unsicherheit wächst.

Karsten Reich

Thema: L E I H A R B E I T

Die Bundesagentur für Arbeit meldete, dass in 2010 fast 544.000 neue Leiharbeitsverhältnisse begründet wurden.

Bei mehr als der Hälfte aller Leiharbeiter dauerte das Leiharbeitsverhältnis nicht länger als drei Monate. Ein Einsatz war zu Ende und damit auch der Arbeitsvertrag mit der Verleihfirma.

GigaLiner, zu groß, zu schwer, zu gefährlich?

Das Bundesverkehrsministerium hatte jüngst den umstrittenen Feldversuch mit den GigaLiniern gestartet; allerdings so richtig losgegangen ist dieser Versuch auch noch nicht. Sechs oder sieben der 16 Bundesländer wollen wohl mitmachen, für die anderen sind GigaLiner weder umwelt- noch verkehrspolitisch sinnvoll und die Unternehmer tragen das volle Risiko, da zudem noch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

In Europa sind die LKW grundsätzlich und einheitlich auf maximal 18,75 Meter Länge und 40 Tonnen Gewicht festgelegt, seit einigen Jahren schon versuchen die Hersteller und Großspeditionen diese Begrenzungen auf 25,25 Meter und 60 Tonnen zu erhöhen.

Die Befürworter meinen, dass sich der LKW-Verkehr durch die GigaLiner um ein Drittel reduzieren würde, außerdem würde der CO₂-Ausstoß erheblich reduziert werden. Das sind natürlich scheinheilige Argumente, da durch die GigaLiner das Transportaufkommen auf den Straßen zunehmen würde, denn dadurch wird die Verlagerung der Transporte von der Schiene weg interessanter. Durch das just-in-time-System sind die Autobahnen zurzeit unsere größte Lagerhalle und durch Untersuchungen, zB des Fraunhofer Instituts, sind bis zu 38% Verluste für die Bahn prognostiziert worden. In einem niedersächsischen Versuch ist die Prognose schon belegt: Karosserieteile von VW werden von Emden nach Wolfsburg in GigaLinern transportiert, was vorher die Bahn erledigte.

Die Befürworter verweisen auf 18% weniger Kraftstoffverbrauch: das ist gut, wenn alles so bliebe, wie es ist! Nur wurde dieses Ergebnis auch mit dem Kraftstoffverbrauch des Schienenverkehrs verglichen? Man macht uns also was vor.

len argumentieren, ist das auch ein wenig verdreht. Unstrittig ist: die Klimaziele müssen auch und gerade im Transportbereich erreicht werden!

Die erreicht man allerdings eher durch Vermeiden von Leerfahrten und unnötigen Transporten sowie der Verlagerung von der Straße auf Bahn und Schiff.

Untersuchungen, bei der die langfristigen Auswirkungen der überlangen und überschweren GigaLiner auf das Klima beleuchtet wurden, kommen zu dem Ergebnis, dass diese kein Potenzial zur Reduktion von Treibhausgasen und Luftschadstoffen bieten; es würde sogar eine negative Klimabilanz entstehen, womit die Einführung der GigaLiner sowohl aus Umwelt-, Klima- und Sicherheitsgründen abzulehnen seien.

Um den zunehmenden Güterverkehr bewältigen zu können, ist der gezielte Ausbau des Schienennetzes und der Wasserwege erforderlich.

Nun, die Kritiker ergänzen ihre Argumente auch noch mit der verminderten Bremskraft, mit den unübersichtlichen und verlängerten Überholvorgängen, mit den längeren Räumzeiten auf Kreuzungen und Bahnübergängen, mit den allein für den Ausbau von Brücken benötigten acht Milliarden Euro, mit den durch überhöhten Verschleiß zusätzlich anfallenden Kosten für Reparaturen im gesamten Straßennetz. Zudem sind jetzt schon Ruheplätze auf Autobahnraststätten nicht oder nur schwer zu finden, erst Recht für überlange Fahrzeuge, weil die Parkplätze nicht darauf ausgerichtet sind und die manchmal vorhandenen Extraspuren für Großraum- und Schwertransporte sind selbstverständlich frei zu halten.

Also: Unsere Straßen sind weder für 60-Tonner noch für eine LKW-Länge von 25,25 Meter geeignet!

Burkhard Bisanz

Lynchjustiz im Netz

Liebe Leserrinnen und Leser, eine Pressemeldung über die Denunziation im Netz fand ich hoch aktuell. Deshalb möchte ich Ihnen die wichtigsten Textauszüge präsentieren. In der Hoffnung, damit ein wenig aufzuklären. Denn ich bin der Meinung, dass in Zukunft, sensibler und mit wesentlich mehr Respekt vor den Menschenrechten im Netz, bei Facebook, Twitter & Co. und in den Medien umgegangen werden muss.

Tombstone ist ein Kaff im südlichen Arizona, das berühmt wurde, weil dort Wyatt Earp Sheriff war und sein Freund Doc Holliday mit einer Schrotflinte schoss. Auf dem alten Friedhof von Tombstone gibt es allerlei schwarzhumorige Grabschriften, die vielleicht echt, mindestens aber gut erfunden sind. Da wird auf einem der Bretter eines gewissen George Johnson gedacht, der 1882 fälschlicherweise aufgehängt wurde, hanged by mistake. Man liest auf seinem Grabbrett: „Er hatte recht, wir nicht, aber wir haben ihn trotzdem aufgehängt.“

Dieser Satz ist eine gute Definition der Lynchjustiz. Leider ist diese Form des Umgangs mit Verdächtigen nicht zusammen mit dem Wilden Westen gestorben, sie wird bis heute in der ganzen Welt praktiziert. In manchen Regionen hat man der Lynchjustiz ein Mäntelchen, nein: eine Burka, umgehängt und behauptet, das toben des Mobs die einer Steinigung entspreche göttlichem Recht. (Übrigens, nur nebenbei: Ein Land, das eine solche Strafordnung hat, sollte international geächtet werden – auch wenn es Öl an Deutschland verkauft.)

Leider bedarf es auch diesseits des Hindukusch offenbar nur eines Anlasses, um die Instinkte des Lynchmobs zu wecken. In Emden ist dies gerade geschehen, wo ein junger Mann ein Kind umgebracht hat. Die Polizei verhaftet ziemlich öffentlich einen ersten Verdächtigen, auf den sich sofort die Vorverurteiler etlicher Medien stürzen. Vom „miesen Kindesmörder las man in einer Boulevardzeitung und anderswo, nicht zuletzt bei etlichen sogenannten newssites im Netz, wurde nicht zwischen Festgenommenem und Täter differenziert.

Am entschiedensten waren, man muss sagen: wieder einmal, die besorgten Bürgerrinnen und Bürger, die eine besondere Form der Öffentlichkeit über Facebook, Twitter und andere, in diesem Fall ausgesprochen unsoziale, Netzwerke herstellen. Die digitale Gestapo verbreitete

Namen und Anschrift des Festgenommenen und lud Fotos jenes Hauses hoch, in dem der junge Mann wohnte. Man war sich nicht ganz einig, ob er erschossen werden sollte, aufgehängt oder kastriert. Aber, immerhin debattierten die virtuellen Totschläger öffentlich. Mittlerweile weiß jedermann, dass der erste Festgenommene unschuldig war; ein anderer hat gestanden. Und dennoch wiederfuhr dem zu Unrecht Verdächtigten fast das Schicksal des George Johnson in Tombstone, allerdings ohne die letzte tödliche Konsequenz. Der junge Mann ist fertig – er ist fertiggemacht worden, weil ihn die Polizei unter denunziatorischen Umständen verhaftet hat, weil manche Journalisten skrupellos arbeiten und weil viele Leute ihren niedrigen Instinkten gehorchten.

Auch wenn es in Emden so aussah, ist in den letzten Jahren vielleicht nicht einmal die Lust an der Denunziation und der Zusammenrottung zum Mob gewachsen, obwohl einiges dafür spricht. Über das Internet kann jeder Interessierte die theoretisch größtmögliche Öffentlichkeit herstellen. Es kann jedes Geschwätz, jedes Gerücht, jedes Foto ohne Zeitverzug wenn nicht Allgemeingut, so doch Allgemeingut der Interessierten werden. In der Vernetz-Zeit, gewissermaßen in Tombstone, war der Lynchmob eine Angelegenheit von zwei Dutzend Leuten, die sich physisch irgendwo versammeln mussten. Heute kann ein Lynchmob Zehntausende umfassen, weil die vielgepriesene Intelligenz des Schwarms genauso funktioniert wie seine bisweilen gnadenlose Dummheit. Der Unterschmerz Emden ist ein Beispiel dafür: Die Polizei hatte ihm George Johnson gezeigt, und los ging es.

Das Jammern über die Allgegenwart der Netzöffentlichkeit ist nicht nur sinnlos, sondern auch falsch, weil nichts anderes unser Jahrhundert mehr prägt als das Netz.

Es verändert die Menschen, nicht nur ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Aber gerade weil das so ist, muss man nicht nur zum Beispiel über Urheberrecht in diesen Zeiten nachdenken, sondern auch und gerade über Regeln und Regelungen für jene Fälle, in denen die maßlose,

meist anonyme Denunziation im Netz verletzt oder gar tötet.

Quelle: Kurt Kister

Karsten Reich



Wenn die Befürworter mit Klimaziele-

AUS BARENDORF FÜR BARENDORFER

Um- und Ausbau des Sport- und Dorfgemeinschaftshauses kommt voran

Die Kostenüberschreitungen veranlassten den Gemeinderat sich mit allen Details der Fertigstellung des Sport- und Dorfgemeinschaftshauses zu befassen. In dichter Folge tagte der Gemeindeentwicklungsausschuss. Jeweils im Anschluss an dessen Sitzungen tagte der Verwaltungsrat, um in aller Regel die vom Gemeindeentwicklungsausschuss beschlossenen Empfehlungen zu übernehmen. Zusätzlich wurde eine Arbeitsgruppe „Ausstattungsdetails“ gebildet. Die kümmerte sich dann auch noch um alle Einzelheiten der Gestaltung. Das führte im ersten halben Jahr der neuen Legislaturperiode zu vielen Ausschuss-



Sitzungen. Zwischendurch fanden Begehungen der Baustelle statt. Die Ratsmitglieder sahen sich an, wie die neuen Fußböden aussehen, die Lampen, die Fliesen und die Decke im Gastraum. Sie berieten vor Ort, wie die Außenanlagen gestaltet werden und wo Fahrradständer hinkommen sollen. Natürlich gab es auch immer wieder Änderungsbedarf. Bei den Heizungs- und Lüftungsanlagen zum Beispiel konnte die Umsetzung nicht wie geplant erfolgen. Die Entscheidung, welche Lampen wo hin sollen, wurde jetzt erst in den letzten Tagen abgeschlossen. Der Einbau des Tresens und der Küche soll in den nächsten Wochen erfolgen. Die Sanitärerichtungen im Altbau sind noch nicht in Angriff genommen. Die



Umkleide- und Duschräume für die Sportler sind fast fertig. Noch nicht abschließend entschieden ist, wie die Barrierefreiheit im Neubau erreicht wird. Angedacht ist ein Treppenlift. Dessen Ausführung steht aber noch nicht fest. Im nächsten Monat soll die offizielle Einweihung sein. Heute, am 5. 6. 2012, ist alles aber noch eine einzige Baustelle. Kaum vorstellbar, dass der Umbau- und Ausbau des Sport- und Dorfgemeinschaftshauses in den nächsten paar Wochen tatsächlich fertig werden wird. Vielleicht kann zumindest ein Teil davon bis dahin benutzt werden.

Sicherheitsprüfung aller Spielplätze

Routinegemäß wurden alle Spielplätze vor kurzem von der DEKRA auf ihre Sicherheit hin überprüft. Dabei stellte sich heraus, dass auf



nahezu allen Spielplätzen Mängel vorhanden sind. In einigen Fällen wurden sogar akute Gefahrenstellen festgestellt, die sofort beseitigt werden müssten. Damit soll sich der Sozialausschuss noch diesen Monat befassen.

Spielplatz am Clasberg

Die Bepflanzung im Spielplatz am Clasberg war zu dicht geworden. Es wurde eine Reihe von Bäumen entfernt. Das Gebüsch wurde ausgelichtet. Jetzt sieht alles wieder freundlicher aus.

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen gerät ins Stocken

Mit dem Austausch der Leuchtkörper in den Straßenlaternen wurde in der letzten Legislaturperiode begonnen. Jahr für Jahr wurden Energiespar-Leuchten, die ziemlich teuer sind, sich langfristig jedoch rechnen, angeschafft und eingebaut. Der Austausch ist vor allem auch ökologisch sinnvoll und ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Der Austausch ist aber noch längst nicht überall erfolgt. Das Programm kann in diesem Jahr nicht weitergeführt werden, weil dafür kein Geld im Haushalt eingeplant wurde.

Haushalte 2010 und 2011

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Haushaltsjahre 2010 und 2011 immer noch nicht abgeschlossen. Das ist sehr misslich. Damit gibt es keine Abschluss-Bilanzen für diese Jahre und keine sichere Datenlage für das laufende Haushaltsjahr. Nach Auskunft von einem fachkundigen leitenden Beamten im Niedersächsischen Finanzministerium in Hannover liegt es daran, dass die Beamten mit dem neuen Finanzsystem, der Doppik, noch nicht ausreichend geschult und vertraut sind. Für uns, die Ratsmitglieder und



sicherlich gleichermaßen für den Kämmerer und Gemeindedirektor keine gute Lage.

Siegfried Kubiak



Burkhard Bisanz mit dem GdP Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut auf dem Lambertiplatz in Lüneburg.

waren auch die Jusos aktiv, sie betrieben einen Stand bei dem jeder eine Lohntüte als Symbol für Arbeit und Bezahlung erhalten konnte. Die Jusos kämpfen für bessere Löhne und Beschäftigung, denn hinter jeder Lohntüte steckt ein kluger Kopf!

Burkhard Bisanz

Mai-Kundgebung in Lüneburg mit Hochkaräter

Am Tag der Arbeit waren wieder viele Gewerkschafter unterwegs, um für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitern zu demonstrieren.

Mehr als 400.000 Menschen haben sich an den vielen, vielen traditionellen Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) beteiligt. Sie forderten faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit, aber auch den Anstieg aus der Atomenergie.

Auf der Kundgebung sprach als Hauptredner Bernhard Witthaut, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (eine der acht Mit-



Lüneburger Jusos.

gliedgewerkschaften im DGB): er lehnte den verheerenden Sparkurs der Bundesregierung ab, forderte gute Bezahlung für gute Arbeit und setzte sich nachdrücklich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Unter den vielen Hundert Teilnehmern

Kinder brauchen ein eigenes Reisedokument

Kinder müssen ab dem 26. Juni 2012 bei Reisen ins Ausland über ein eigenes Reisedokument verfügen. Der Kindereintrag im Reisepass der Eltern berechtigt das Kind nicht mehr zum Grenzübertritt. Kindern kann als Reisedokument ein Kinderreisepass (bis zum vollendeten 12. Lebensjahr), ein Reisepass oder ein Personalausweis ausgestellt werden.

Quelle: Ratsbrief des Nds. Städte- und Gemeindebund

Brigitte Merz



Butterblume

O. Groth

Beim Imkerhause 2
21397 Barendorf
Tel.: (04137) 74 40

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag: 8 bis 19 Uhr
Samstag: 8 bis 14 Uhr
Sonntag: 10 bis 12 Uhr

Neetze:

SPD-Abteilung Neetze hat neuen Vorstand

Die Fraktion der SPD Neetze wählte am 10.4.2012 einstimmig Kai-Erik Frieze als neuen Vorstandsvorsitzenden der SPD-Abteilung Neetze. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Frank Steckelberg gewählt. Kai-Erik Frieze löst Ullrich Sander ab. Dieser

zieht sich aus privaten und beruflichen Gründen aus der Politik zurück.

Am 5.5.2012 wurde der alte SPD-Abteilungsvorstand offiziell in feierlicher Runde entlassen.

Das künftige Ziel der SPD-Abteilung Neetze ist es, junge politisch motivierte Menschen in und um Neetze an die Kommunalpolitik heranzuführen und mitzugestalten. Lokale Aktionstage mit der Unterstützung der Bewohner und ansässiger Unternehmen, die das Leben in Neetze ausmachen, werden unser Ziel sein.

Dahin gehende Anregungen werden gerne entgegen genommen.



v. links Kai-Erik Frieze, Ullrich Sander

Kai-Erik Frieze

Neetze:

Haushalt der Gemeinde ist genehmigt

Seit dem 20.4.2012 haben wir in der Gemeinde Neetze nun einen vom Landkreis Lüneburg genehmigten Haushalt vorliegen. Obwohl der Haushalt in diesem Jahr ein Minus von knapp 70.000,- Euro ausweist, konnte ein fiktiver Haushaltsausgleich durch einen Überschuss aus dem Jahr 2011 erreicht werden. Auf diese Möglichkeit des Ausgleichs können wir uns nicht jedes Jahr verlassen.

Insgesamt wird unsere Haushaltslage vom Landkreis Lüneburg als sehr angespannt beurteilt. Als besonderes positiv wird dabei zur Kenntnis genommen, dass wir von Gemeindegeseite keine Kreditaufnahmen vorgesehen haben und wir somit unsere Schulden weiter reduzieren.

Allerdings wird von uns verlangt, einer dauerhaften finanziellen Schiefelage durch Verbesserung der Einnahmesituation entgegenzu-

steuern! Der Landkreis Lüneburg erwartet von uns, die Anhebung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Angriff zu nehmen. Konnten wir dieses in 2012



noch verhindern, so werden wir in 2013 um eine Anhebung nicht herumkommen.

Thomas Brendemühl

Die Bücherei Neetze nimmt gerne Bücherspenden jeglicher Art entgegen. Die Bücher werden auch gerne abgeholt.

Melden Sie sich bitte unter 05850/5 39 oder 05850/97 19 66.

Brigitte Mertz



FOTOS: BRIGITTE MERTZ

Neetze:

Bekannter Kinderbuchautor liest Fußballgeschichten pünktlich zur Fußball-EM

Und wieder ist es der Bücherei in Neetze gelungen eine Autorenlesung für die Grundschulkinder in Zusammenarbeit mit dem Schulförderverein zu organisieren. Diesmal las Ulli Schubert für die Eingangsstufenkinder pünktlich zu Beginn am vergangenen Freitag aus seiner bekannten Buchreihe „Torjäger Timo“ bzw. „Die frechen Fußballfreunde“.

Ulli Schubert ist im Bereich des erzählenden Fußballbuches ohnehin schon fast so etwas wie eine Institution. Die Kinderbücher des in Hamburg lebenden Erziehers, Sportreporters und begeisterten FC St. Pauli-Fans haben sich stets durch ein hohes Einfühlungsvermögen und beeindruckende Sachkenntnis ausgezeichnet. Authentisch geschilderte Trainings- und Spielszenen bilden das Herzstück seiner Erzählungen.

Mit warmer, sonorer Stimme trägt Schubert seine Geschichten vor, holt oft weit mit den Armen aus und begleitet mimisch die Gespräche und Gedanken der Erzählfiguren. Die Kinder hängen an seine Lippen und durchleben mit Timo seine Abenteuer.

Auch die vielen Fragen, die die Kinder dem Autor am Ende stellten, zeigten, dass er sie überzeugt hat. „Wie lange dauert es, ein Buch zu

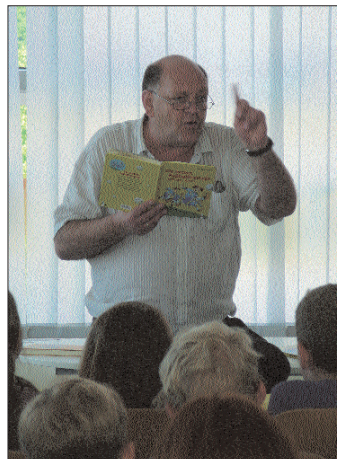
schreiben?“ – „Warum schreiben Sie?“ – „Wie viel verdient man mit Bücherschreiben?“. Schubert beantwortet alle Fragen, selbst die nach seinem Verdienst, mit erstaunlicher Offenheit: Dass er nur acht Wochen für ein Buch braucht, wo er seine besten Einfälle hat und dass er mehr verdient, wenn er mehr arbeitet. Die Lehrerinnen sind nach der Lesung begeistert. „Das hat den Kindern so viel Spaß gemacht, dass wir einen Band im Unterricht lesen werden“, sagt Schulleiterin Bärbel Wildner und hofft darauf, die Schüler so zum Lesen der anderen Bände motivieren zu können.

Brigitte Mertz

Leiterin der Bücherei Neetze



Gemeindebücherei in der Aula der Grundschule Neetze



geöffnet: Montags von 16 bis 18 Uhr

MUSIKSCHULE
MUSIKUNTERRICHT FÜR STREICHINSTRUMENTE
Klaviatur · Keyboard · Keyboard
Jazz · Pop · Rock · Folk
213 / 7 137/7 5
T I.

Neetze:

TuS Neetze

In letzter Zeit konnte man einiges über das Verhältnis von Gemeinde und TuS Neetze in den Medien lesen. Es war die Meinung eines Einzelnen. Diese hat auf beiden Seiten zu sehr viel Unmut geführt.

Den Ratsmitgliedern der Gemeinde Neetze ist bewusst welche Leistung der Verein ehrenamtlich erbringt. Er verrichtet sehr viel Jugendarbeit und wie andere Vereine trägt er zum kulturellen Leben im Dorf bei. Wir stehen hinter unseren Vereinen. Sie sind sehr wichtig für Neetze. Aus den Zeitungsartikeln war zu entnehmen, dass der TuS Neetze seitens der Gemeinde keine Unterstützung erhält. Als Vertreter der Gemeinde kann ich dem nicht folgen. Da die gesamte Sportanlage nicht im Eigentum der Gemeinde ist sondern nur eine Teilfläche, bezahlt die Gemeinde für die Restfläche die jährlich anfallenden Pachten. Des Weiteren zahlt die Gemeinde die bauliche Unterhaltung der Gebäude, sowie einen jährlichen Zuschuss zur Jugendarbeit in Höhe von ca. 4.500,00 Euro. Die Sanierung der auf dem Sportgelände stehenden Gebäude hat in den letzten Jahren sehr viel Geld gekostet. Wobei der TuS einen großen Anteil an Eigenleistung erbracht hat. Durch die hohen Investitionskosten stehen die Mieteinnahmen sowie die Einnahmen

des Dorfgemeinschaftshauses der Gemeinde zu. Vor Beginn der Baumaßnahme haben sehr viele Gespräche zwischen Gemeinde und TuS Präsidium stattgefunden. In diesen Gesprächen wurde immer erörtert, dass bei einer Sanierung die Miet- und Pachteinnahmen nun der Gemeinde zustehen. Mit dieser Regelung waren alle Beteiligten einverstanden. Der TuS Neetze nutzt die Anlage nach wie vor miet- und pachtfrei.

Alle Ratsmitglieder sind sich darüber im Klaren, dass der TuS Neetze, als einer der größten Vereine nach wie vor von Seiten der Gemeinde im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werden muss. Die Haushaltslage der Gemeinde lässt den vom TuS Neetze beantragten Pauschalzuschuss nicht zu. Wir werden aber in Zukunft über jeden zweckgebundenen Antrag befinden.

In jüngster Vergangenheit habe ich mit mehreren TuS- bzw. Präsidiumsmitgliedern gesprochen und wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass bei einem vernünftigen Umgang miteinander sinnvolle Lösungen gefunden werden können. Ich wünsche dem TuS Neetze und dem neu zu wählenden Präsidium nach den internen Schwierigkeiten für die Zukunft alles Gute.



Seitens der Gemeinde bieten wir jederzeit Gesprächsbereitschaft an.

Heinz Hagemann

Leinenpflicht für Hunde

Es ist schon verwunderlich, dass man während der Zeit der Leinenpflicht für Hunde sehr viele freilaufende Hunde in der Feldmark antrifft.

Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass in der Brut- und Setzzeit vieler heimischer Wildtiere vom 1. April bis 15. Juli eines jeden Jahres die Leinenpflicht für Hunde besteht. Ich wun-

dere mich darüber, dass sich sehr viele Hundehalter über dieses Gesetz hinwegsetzen. Dieses Verhalten kann zur Folge haben, dass härtere Gesetze erforderlich sind um dieser Pflicht Nachdruck zu geben. Dadurch werden auch die Hundehalter bestraft, die sich an die jetzt bestehende Verordnung halten.

Ich kann nur an alle Hundehalter appellieren sich an die gesetzlichen Vorgaben zu halten um die Wildtiere zu schützen.

Heinz Hagemann

Heide-Elbe-Express

Abfahrt Sonntag 29. 5. 2012, 10.40 Uhr von Neetze nach Bleckede.

Bei herrlichem Sonnenschein kam der Triebwagen fast pünktlich, behäbig um die Kurve. Aus Sicherheitsgründen folgte ein kurzer Halt am Bahnübergang.

Ankunft an der Haltestelle Neetze, weitere Passagiere konnten zusteigen. Vorher jedoch hatte unser Bürgermeister Heinz Hagemann die ehrenvolle Aufgabe den nun folgenden Streckenabschnitt freizugeben. Im Zugabteil wurden die Reisenden von stilecht gekleideten Reisebegleitern empfangen. Die Fahrkarten wurden noch richtig abgeknipst. Die Fahrt selber verlief in einem gemächlichen Tempo. Ein Radfahrer der zügig neben der Bahn herfuhr, konnte die Geschwindigkeit gut halten. An der Strecke hatten sich viele Eisenbahnfreunde postiert um Fotos von der Wiedereröffnungsfahrt zu machen.

Für mich war diese Bahnfahrt eine kleine Reise in die Vergangenheit. In den 70-iger Jahren sind wir Neetzer Schüler noch mit der Bahn zu den weiterführenden Schulen gefahren, bis dann die Linienbusse den Zugverkehr ersetzten.

In Bleckede wurde der einfahrende Zug von einer Blasmusikkapelle begrüßt. Die Reisenden konnten sich mit Bratwurst und Getränken stärken. Sehr interessant war auch



v. li: Heinz Hagemann, Bernd Hein.

die Besichtigung des Eisenbahnausbesserungswerkes.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Taufe des Triebwagens auf den Namen „Elbtal“.

Seit dem 1. 5. 2012 fährt die Bahn regelmäßig an ausgesuchten Wochenenden. Viele interessante Informationen, wie z.B. der Fahrplan, können im Internet unter www.heide-express.de, abgerufen werden. Dort finden sich auch Informationen über die Sanierung der Bahnstrecke und über den AVL (Arbeitsgemeinschaft Verkehrsfreunde Lüneburg e.V.), die diese Fahrten durch ihr Engagement ermöglichen.



Die Fahrt mit der Bahn war ein Erlebnis, das ich nur weiterempfehlen kann.

Monika Quade



FOTOS: MONIKA QUADE

Cent

netzwerk-technik
Microsoft
CERTIFIED
Systems Engineer

Claus Ehrlich

Tel. 05850/971067
Fax. 05850/971068
Am Buchenwald 5
21398 Neetze
Info@cent-ehrllich.de



**Beratung
Installation
Service
Reparatur
Verkauf**

Microsoft

Ihr Steuerberater für Neetze und Umgebung

RICHTER + SANDER
STEUERBERATUNG

Bleckeder Landstr. 3 · 21398 Neetze

Vereinbaren Sie einen Termin mit Steuerberater Ulrich Sander

Tel. 05850/9 71 12 00 · Fax 9 71 12 08

www.richter-sander.de

Neetze:

Tag der offenen Gärten



FOTOS: BRIGITTE MERTZ



Am 17. Juni 2012 fand zum vierten Mal ein Tag der offenen Gärten in Neetze statt. Die Heimat-, Werbe- und Kulturgemeinschaft (HWK) hat wieder 15 Gartenbesitzer dazu bewegt, ihre Gärten für Besucher zu öffnen. Wunderschöne Einblicke in die unterschiedlichsten Gärten, Violinenmusik, Kunstausstellungen, Gartenkeramik, Pools, Koi-Teich, Schnick-Schnack usw. luden zum Verweilen ein. In Süttorf wurden zukunftsorientierte Jungbaumpflege und Kronenpflege in einer stattlichen Eiche sowie Riesenschaukel

und Fußballtore für Kinder geboten. Gleichzeitig hatten viele Neetzer Geschäfte geöffnet. Für das leibliche Wohl war mit Bratwurst auf dem Spargelhof König sowie Kaffee und Kuchen der Landfrauen, des Spargelhofes Strampe und im Cafe am Reiterhof in Süttorf gesorgt.



Eine rundum gelungene Veranstaltung, die viele Besucher nach Neetze lockte und die vielfältige Lebensweise und Gartenkultur der Einwohner zeigte. Vielen Dank an die HWK für Planung und Organisation dieses wunderschönen Tages.

Brigitte Mertz

Süddorp:

„Danz üm denn Maiboom“



FOTOS: HELGA KIEHN



Ik glöv, de Süddörper hevt dat feine Weer bi Petrus aboniert. Bi feinen Sünnesschienen hevt wedder veele Lüüd in Süddorp denn 1. Mai fiert.

Erst geev dat Staek und Wuss von Grill, mit Solat, und loter denn, to Kaffeetied, kunn man de besten Kookken und Torten eeten de dat im Ümkreis geben de.



Wedder mol een scheunen Dach, denn man in Süddorp fiern kunn! Sünnenbrand geev dat ümsünst dortau!

Helga Kiehn

Alt t t- ruc

fts t ruck
r s uck
uch ruck
Schn n
G sch fts
En l s ruck
ch r

H u tste. 4-29575 It nm n n T L 5 7/1442 F x 1449

Großkopf



21398 Neetze
Im Neuen Dorfe 17
Tel. 05850/6 48 · Fax 3 38
**Sanitär · Solar
Heizung
Kundendienst**

Wendhausen:

Jugendfeuerwehr schärft Umweltbewusstsein

Auch in diesem Jahr ist die JFW Wendhausen in Sachen Umwelt unterwegs und hat sich das Feuchtbiotop in der Windmühlenstraße vorgenommen.

Hier gibt es viel zu tun, insbesondere sollte diesmal mit der Pflege der Kopfweiden begonnen werden. Kopfweiden werden von vielen

Tieren als Lebensraum genutzt und benötigen regelmäßige Pflege. Die erwachsenen Helfer konnten den jungen Aktivisten zeigen, wie sicher mit der Säge umgegangen werden muss.

Die Aufräum- und Sammelarbeiten wurden von der JFW übernommen: Eine Truppe, die anpackt.



Lena Stolte und Thomas Meyer mit der JFW Wendhausen

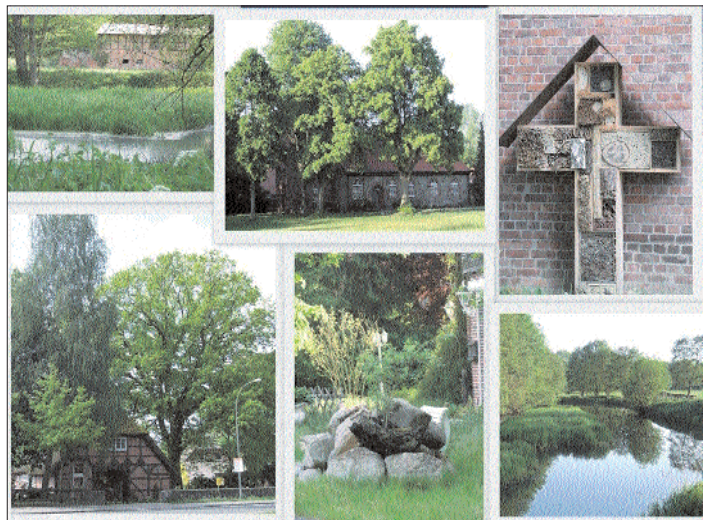


FOTO: HELGA KIEHN

Neue Postkarte für Neetze

Gemeinde schreibt Fotowettbewerb aus.

Wer in Neetze zu Besuch ist und eine Postkarte versenden möchte, kann lange suchen: denn Karten gibt es nicht. Einige eher historische Postkarten sind noch in geringer Stückzahl in der Gemeindeverwaltung erhältlich.

Deshalb hat der Ausschuss für dörfliche Gemeinschaft jetzt meine Idee aufgegriffen und zu einem Fotowettbewerb für eine neue Postkarte

aus Neetze aufgerufen. Neetze hat sich in den letzten Jahren durch Flurneuordnung und Dorferneuerung stark gewandelt und zeigt sich in seinem besten Kleid. Mit einer neuen Postkarte wollen wir für unser schönes Dorf werben und den Einheimischen, Touristen und Durchreisenden eine Grußkarte anbieten.

Die Gemeinde fordert daher alle Hobbyfotografen auf, die Schönheiten Neetzes im Bild einzufangen. Als Motiv kommt alles in Frage, was dem jeweiligen Fotografen an unserem Dorf gefällt. Auch weihnachtliche Motive für eine Weihnachtspostkarte sind gewünscht.

Die Bilder sollten spätestens am 15. September bei der Gemeindeverwaltung vorliegen – entweder als CD oder per Mail an

info@neetze.de

Alle Fotos werden im Dorfausschuss vorgestellt und die Schönsten werden zu einer oder zwei Postkarten zusammengestellt und prämiert.

**Machen Sie mit!
Stellen Sie Ihre
schönsten
Neetzer Fotos
zur Verfügung!**

Brigitte Mertz



Schülerferienticket 2012

Während der Sommerferien vom 21. 7. 2012 bis 2. 9. 2012 gibt es auch in diesem Jahr wieder das Schülerferienticket. Es wird vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen zum Preis von 29,- € angeboten. Die Gemeinde Neetze beteiligt sich wiederum an den Kosten mit einem Zuschuss in Höhe von 14,50 €.

Jedoch gibt es eine Änderung zu den Vorjahren: Interessierte Schüler kaufen sich das Schülerferienticket zum Preis von 29,- € bei der VOG und erhalten dann anschließend bei Vorlage des gekauften Tickets von der Gemeinde Neetze den Zuschuss i. H. von 14,50 € in bar erstattet. Das Schülerferienticket erhalten alle Schüler in Vollzeitunterricht bis zum Alter von 22 Jahren (Alter bei Ferienbeginn). Für Schüler ab 16 Jahren gilt das Schülerferienticket nur in Verbindung mit dem Schülerausweis (Original), einer aktuellen Schulbescheinigung (Original) oder einer Zeugniskopie.

Weitergehendes Informationsmaterial liegt in den Bussen der VOG aus.

Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung Neetze, Am Katzenberg 16:

Montag, Mittwoch und Freitag	8 – 12 Uhr
Donnerstag	15 – 18 Uhr

Gute Fahrt
Karin Kripp-Komoss



Meyers Gasthaus

INH. MARGRIT SOETEBER

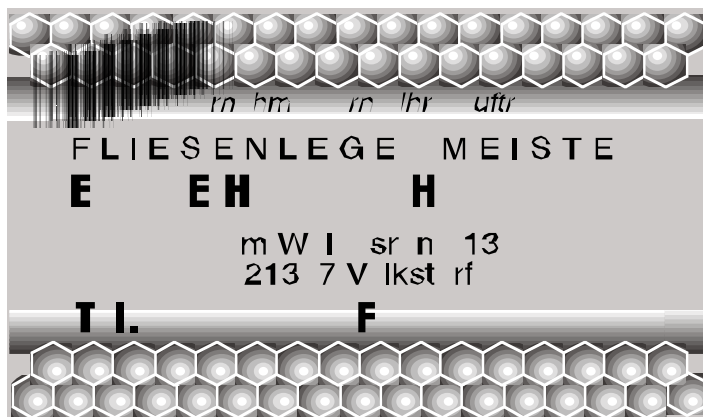


Clubraum und Saal für
Festern aller Art

Wendhausen

Tel.: 04137/79 29

Montag und Dienstag Ruhetag



Reinstorf:

Neue Schaukel für unsere Kinder

Was ist schon ein Spielplatz ohne Schaukel? Doch vor zehn Jahren, als der neue Spielplatz im Reinstorfer Neubaugebiet Erbsenberg eingeweiht wurde, bestand unter den damaligen Eltern die Meinung, dass es Klettergerüst, Federwippe, Sandkasten u.s.w. sein müssen aber eine Schaukel war damals nicht gewünscht.

Die Zeiten ändern sich und auch die Meinungen und Wünsche. Die Kinder von damals sind groß. Doch der Nachwuchs in Reinstorf lässt nicht lange auf sich warten. Schon im Jahr 2011 kam der Wunsch auf, für den Spielplatz am Erbsenberg zusätzlich eine Doppelschaukel zu kaufen. Dem Wunsch kam die Gemeinde Reinstorf gerne nach. Deshalb wurden zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2012 u.a. Finanzmittel für eine Doppelschaukel in den Haushalt eingestellt.

Über Art und Material der Schaukel bestand unter Eltern- und Gemeindevertretern schnell Einigkeit. Kataloge von Spielgeräteherstellern für Kommunen wurden gemeinsam gewälzt und am Ende entschied man sich für eine Metallschaukel. Zusätzlich ist diese Schaukel Pulver-

beschichtet, um Rosten zu vermeiden und somit eine lange Lebensdauer zu garantieren.

Eltern und Gemeindevertreter gelang es einen gemeinsamen Aufbautermin zu finden. Die Mitarbeiter des Bauhofes der Samtgemeinde lieferten die Einzelteile der Schaukel zum Spielplatz und in Teamwork (Eigenleistung) wurde sie dann zusammen von Eltern und Gemeindevertretern mit Spaß und Freude aufgebaut.

Für das nötige Werkzeug, den Zement, den zusätzlichen Spielsand und die Getränke, sorgte die Gemeinde. Hierzu auch noch mal einen herzlichen Dank an Leo Preusschoff, der mit Trecker und Anhänger den Spielsand termingerecht angefahren hatte. Am Schluss waren sich alle Mitwirkenden einig: Auch wenn es nur eine Schaukel ist, so hat Reinstorf für die Kleinen wieder ein Stück Lebensqualität mehr dazu bekommen.



Karsten Reich
Vorsitzender des
Bau- Wege- und
Umweltausschuss
V.i.S.d.P.



von links: Lennert, Thore und Matti, freuen sich über die neue Schaukel!



Pastor Renald Morié mit vielen, vielen Luftballons.

Reinstorf:

Kindergarten feiert 20jähriges Jubiläum

Anfang April war es soweit: der vor 20 Jahren von einzelnen Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Ostheide gegründete Kindergarten feierte sein Jubiläum mit einem Gottesdienst und einem bunten Nachmittagsprogramm.

Der „Evangelische Kindergarten St. Vitus“ – zu den Gemeinden Barendorf, Reinstorf und Vastorf gehörig – befindet sich in der Trägerschaft des ev.-luth. Kindertagesstättenverbandes Lüneburg und wird von der Kirchengemeinde Reinstorf betreut, er ist auf 125 Kindergartenplätze ausgerichtet und hat ein Finanzvolumen von weit mehr als 600.000 Euro. Für die Gemeinden steht die Ausgaben für den Kindergarten, den Spielkreis und die Krippe sehr gerne an erster oder zweiter Stelle hinsichtlich des Volumens in ihrem Haushalt.

Beim Krippenausbau und -betrieb werden die Kommunen allerdings sträflich allein gelassen: normalerweise gilt hier das Konnexitätsprinzip (Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!), wonach Bund bzw. Land diese Kosten tragen müssten. Aller-

dings hatte sich der Städte- und Gemeindebund mit unserem ehemaligen Ministerpräsidenten so gut verstanden, dass ein Deal vollzogen wurde, der die Kommunen über ihre Belastbarkeit hinaus in die Knie zwingt; der Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz hat's besser gemacht!

Im Kindergartenbeirat werden die politischen Vertreter der Gemeinden und die Elternvertretung von der Kindergartenleitung über das Geschehen im Kindergarten und vom Kirchenkreisamt über die Haushaltslage ein-, zweimal im Jahr informiert. Dort wird über Erweiterungen der Früh- bzw. Spätbetreuung sowie dem Haushaltsplan abgestimmt. Die Elternbeiträge waren bisher und sollen zukünftig stabil bleiben, und meine Vision von gebührenfreien Krippen und Kindergärten wird weiter verfolgt.



Herzlichen Glückwunsch und weiterhin auf gute Zusammenarbeit

Burkhard Bisanz



Tom Hoops mit vielen, vielen Kindern auf der Kutsche.